

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
 Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 Mk.;
 bei freier Bestellung durch den Briefträger
 ins Haus 18 Pf. mehr.
 Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
 unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
 vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
 (Hrhd. Dunder)
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
 Geschäftsamt, 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.,
 Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
 Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 20.

Berlin, Mittwoch, 10. März 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Sozialpolitik und Junkerparlament. — Jahresbericht des Vertreters am Reichs-Versicherungsamt für das Jahr 1908. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Briefkasten. — Anzeigen-Teil.

Sozialpolitik und Junkerparlament.

Wenn sich das preussische Abgeordnetenhaus auf das Gebiet der Sozialpolitik begibt, dann fällt uns immer das Bild vom Hof als Gärtner ein. Die paar Gärtner — um im Bilde zu bleiben — die dort tätig sind, haben dann jedesmal alle Hände voll zu tun, um das wieder gut zu machen, was vorher verdorben worden ist.

Ein solcher kritischer Tag war der vergangene Sonnabend. Da benutzte der konservative Abgeordnete Malkewitz die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung dazu, einen Streifzug auf das Gebiet unserer Wirtschaftspolitik zu unternehmen, und im Anschluß daran wurde dann gleich auch die Sozialpolitik einer gründlichen Kritik unterzogen. An die Spitze seiner Behauptungen stellte der Herr den Satz, daß unsere Handelspolitik durchaus vorteilhaft sei. In erster Linie komme es darauf an, den inneren Markt zu stärken. Die Erfahrungen hätten gelehrt, daß die von den Gegnern der jetzigen Handelspolitik geachteten Befürdungen keineswegs gerechtfertigt gewesen wären. Man kann Herrn Malkewitz insofern beistimmen, als zweifellos die Stärkung des inneren Marktes von großer Wichtigkeit für das Gedeihen der Industrie ist. Haben wir im Lande eine Bevölkerung, die nicht konsumfähig ist, so muß der Absatz notwendigerweise zurückgehen. Es ist also notwendig, die Kaufkraft der Bevölkerung zu heben. Gerade aber die Partei des Herrn Malkewitz tut alles, was die Erreichung dieses Zieles verhindern muß. Um eine kaufkräftige Bevölkerung zu erhalten, muß vor allen Dingen die Arbeiterschaft so gestellt werden, daß sie ihre Bedürfnisse befriedigen kann. Sie muß lohnende Arbeitsgelegenheit haben. Wenn man aber durch eine verkehrte Handelspolitik den Absatz nach dem Auslande schwächt, so muß die Industrie ihre Produktion einschränken. Die Arbeitsgelegenheit wird geringer, der Arbeitslohn sinkt und die Kaufkraft der Arbeiterbevölkerung geht herab.

Aber noch eine andere Wirkung hat die von Herrn Malkewitz so sehr gerühmte Handelspolitik gehabt. Infolge der erhöhten Zölle auf die notwendigsten Lebensmittel muß der Arbeiter heutzutage einen viel größeren Betrag an Nahrungsmitteln verwenden. Es bleibt ihm weniger übrig für die Beschaffung von Gebrauchsgegenständen. Auch darunter hat die Industrie naturgemäß zu leiden. Wenn also die Konservativen so sehr auf die Festigung des inneren Marktes bedacht sind, so mögen sie nicht durch verkehrte wirtschaftspolitische Maßnahmen ihn in seinen Grundzügen erschüttern.

Freilich behaupten die Herren, unter der Zollpolitik habe unsere Ausfuhr nicht gelitten. Was sein, daß einige Handelskammern sich in diesem Sinne ausgesprochen haben. Ihre Mehrzahl aber steht auf einem anderem Standpunkte, wie wir dies durch viele Beispiele haben beweisen können, und erst in diesen Tagen hat der Syndikus des württembergischen Industrieverbandes, A. Marquardt, Stuttgart, in Tübingen über die würt-

tembergische Industrie und die Handelsverträge einen Vortrag gehalten, in welchem er u. a. sagte:

Die einzelnen Vorteile der neuen, am 1. März 1906 in Kraft getretenen Handelsverträge bleiben weit hinter den Nachteilen zurück, die diese Handelsverträge im ganzen der württembergischen Industrie gebracht haben. Nach den vertraglosen Staaten habe sich der Export der württembergischen Industrie seit Inkrafttreten der Handelsverträge etwas erhöht. Im übrigen sei trotz der hochschützollnerischen Handelsverträge ein enormer Aufschwung des internationalen Handels zu verzeichnen gewesen, doch sei durch die Handelsverträge der deutsche Export erschwert und direkt und indirekt hintangehalten worden. . . . Die hohen Zölle wirken ferner sehr nachteilig ein auf die Lederindustrie und die chemische Industrie. Aus der Nahrungsmittelindustrie wird mitgeteilt, daß die neuen Handelsverträge eine völlige Aufhebung der Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn bewirkten. Die Depression als Folge der Handelsverträge von 1906 liege demnach auf fast sämtlichen Zweigen der württembergischen Industrie, und es sei noch nicht abzusehen, wie weit diese Wirkung sich noch geltend machen werde.

Ähnlich lautet das Urteil anderer Sachverständiger, gegen die Herr Malkewitz sicherlich nicht als Autorität auftreten kann.

Noch ausführlicher beschäftigte sich dieser Volksvertreter mit der Sozialpolitik. Daß er für das Handwerk eine Lanze brach, wird ihm gewiss niemand übel nehmen, wenn wir uns auch die wirksame Fürsorge für den Handwerkerstand anders denken, als sie sich in dem Kopfe des Herrn Malkewitz ausmalt. Man möge nur nach dem Rezept verfahren, das der freisinnige Abg. Crüger vertrieh; dann wird es besser um das Handwerk bestellt sein, als wenn man die Quacksalbereien anwendet, mit denen man von der Rechten aus das Uebel beizugehen will. Erblickt doch der mehrfach genannte Herr Malkewitz eine Ursache für die üble Lage des Handwerks in den sozialpolitischen Lasten. Wir meinen, daß das Handwerk viel schwerer zu leiden hat unter den indirekten Steuern, die gerade auf konservativer Seite so warme Befürworter finden. Aber die sozialpolitischen Lasten haben es dem genannten Herrn nun einmal angetan, und deswegen verlangt er, daß der fortgesetzten Belastung der Arbeitgeber ein Halt geboten werden müsse. Für die Arbeiter sei längst genug geschehen, und wenn wirklich die Witwen- und Waisenersicherung durchgeführt werden sollte, so dürften die Beiträge nicht von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern von der Allgemeinheit getragen werden. Es ist dies kaum anders zu verstehen, als daß wiederum auf dem Wege der indirekten Besteuerung die erforderlichen Mittel aufgebracht werden sollen. Natürlich tauchten auch hier wieder die so oft wiederlegten Behauptungen auf, daß unter der fortgesetzten Belastung die Industrie schließlich auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig bleiben würde. Als ob nicht seit Einführung der sozialen Gesetzgebung unsere Industrie einen ganz gewaltigen Aufschwung genommen hätte!

Es verlohnt sich wirklich nicht, im einzelnen auf die Ausführungen dieses zünftlerischen Scharfmachers einzugehen. Wenn man sie liest, denkt man unwillkürlich an die Worte, die vor wenigen Tagen Graf Borsadowsky auf der Hauptversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform in Frankfurt a. M. gesprochen hat.

Die fortschreitende Belastung durch Sozialpolitik hat vielmehr geheime Gegner, als man gemeinhin an-

nimmt. Die schönsten sozialpolitischen Anträge werden oft von Reuten gestellt, in deren Absicht die Verwirklichung der Anträge gar nicht liegt. Es wird gar manches getan aus taktischen Gründen und nicht aus dem tiefen sittlichen Gefühl der Pflicht gegenüber dem Volksgenossen. Es gibt auf keinem Gebiete soviel Heuchelei, als wie bei einer gewissen sozialpolitischen Freundlichkeit!

Graf Borsadowsky kennt die Stimmung und dürfte sie in diesen Sätzen richtig charakterisiert haben. Bei so vieler offener und verkappter Gegnerschaft gegen eine entschiedene Sozialpolitik braucht man sich wahrlich nicht zu wundern, daß die Fortschritte auf diesem Gebiete so langsame sind. Von einer Volksvertretung, wie sie das preussische Abgeordnetenhaus bildet, in welcher Junker und Junkerfreunde allein ausdagegebend sind, wird man unter solchen Umständen noch viel weniger etwas Ersprießliches verlangen können. Leider ist eine Änderung in dieser Beziehung nicht zu erwarten, so lange das elendeste aller Wahlsysteme in Kraft ist. Wir dürfen deshalb niemals aufhören, laut und vernehmlich die Forderung zu erheben: Fort mit dem Dreiklassenwahlrecht, her mit dem Reichstagswahlrecht!

□ Jahresbericht des Vertreters am Reichs-Versicherungsamt für das Jahr 1908.

II.

Erledigt wurden im Berichtsjahr 250 Fälle gegen 205 im Vorjahre. Dabei handelte es sich um Fälle aus den Jahren:

1906	4
1907	69
1908	177
Summa	250

Un erledigt waren am 1. Januar 1909 noch 59 Fälle.

Das Ergebnis der Fälle wurde bekannt 214 mal. Meist handelt es sich dabei um Angelegenheiten, die das Reichsversicherungsamt beschäftigten und uns zur Vertretung oblagen. Zu 20 Fällen erfolgte Beweisbeschluss, entweder durch erneute Heranziehung von Gutachtern, Zeugenvernehmung usw. oder durch Rückverweisung an das Schiedsgericht. Ein endgültiges Ergebnis kam also in 194 Angelegenheiten zustande. Es wurden davon beendet (die Ziffern in Klammern beziehen sich auf das Vorjahr): 126 (111) Fälle ohne Erfolg, 11 (32) Fälle mit Teilerfolg, 57 (49) Fälle mit vollem Erfolg, in Summa 194 (192) Fälle.

Ein Erfolg erzielt wurde also in 35 Prozent aller Fälle gegen 40,9 Prozent im Vorjahre. Die Verringerung ist nur eine scheinbare, weil in dem früheren Bericht die Beweisaufnahmefälle nicht getrennt gebucht und jeweils dem zugunsten registriert wurden, der den bezüglichen Antrag gestellt hatte. Meist ist das der Versicherte. Auf 12 Monate berechnet, brachten die mit Erfolg beendeten Fälle den Verdienten einen Rentenertrag von 10 674,40 Mk. Da in vielen Fällen Erfolge erzielt werden, ohne daß wir davon Kenntnis erhalten, ist der wirkliche Rentenertrag, der den Versicherten durch die Gewerkevereine zugeführt wurde, erheblich höher.

Die 214 Fälle, in denen das Endergebnis bekannt wurde, verteilen sich auf folgende Gewerkevereine:

Maschinenbauer 125, Fabrik- und Handarbeiter 18, Bergarbeiter, Leiharbeiter und Tischler je 8, Bauhandwerker, Gemeindegewerke und Brauer je 4, Textilarbeiter 3, Siegener Lokalver-

wird. Auf alle Fälle tun die Arbeiter gut daran, Zugang nach Wildau fernzuhalten. — In der Gensbourgerischen Spinnerlei in Colmar i. G. befinden sich die Arbeiter in einer Vohlbewegung. Da die Firma nur eine 3prozentige Vohnerhöhung bewilligte, haben die Arbeiter nach erfolgter Kündigung die Arbeit niedergelegt. — Die Transportkutscher in Dresden haben ihren Tarif gestündigt und verlangen höhere Lohnsätze, die jedoch von den Zuherrn abgelehnt wurden. Eine Kommission der Arbeiter ist beauftragt, weitere Verhandlungen zu pflegen. — In der Zigarettenfabrik Waldorf-Astoria in Königsberg i. Pr. sind die Differenzen beigelegt worden. — Der Streik der Kohlenarbeiter in Kiel dauert unverändert fort.

In Konstantinopel befinden sich seit einiger Zeit die Leichterschiffer im Streik, der in der letzten Zeit an Ausdehnung noch zugenommen hat, da auch die Mannschaften der italienischen und russischen Schiffahrtsgesellschaften sich den Streikenden angeschlossen haben. — Wegen eines Konflikts in der Schuhindustrie Kopenhagens wollen die Arbeitgeber, wie sie durch ihre Vereinigung den organisierten Arbeitern haben mitteilen lassen, am 15. März nicht allein sämtliche in der Lederindustrie beschäftigten Arbeiter, sondern auch die Schneider und Konfektionsarbeiter, die Kupferschmiede, Holzschuh- und Leistenarbeiter, Textilarbeiter und andere Kategorien ausperren. Nicht weniger als 40000 Arbeiter sollen von der Maßnahme betroffen werden.

Eine dreiste Fälschung konnten wir in unserer Nr. 18 der „Westf. Arb.-Ztg.“ nachweisen, die, weil es für ihre Zwecke paßte, aus dem Worte „Neutralität“ das Wort „Neutralität“ gemacht hatte. Der Schwindel hat nun die Kunde fast durch die gesamte christliche Gewerkschaftspressen und durch einen großen Teil der Zentrumspressen gemacht, auch ein auffälliger Beweis dafür, wie enge Beziehungen zwischen christlichen Gewerkschaften und Zentrumspressen bestehen. Von unseren Feststellungen hat bisher keines dieser Blätter Notiz genommen. Wir sind gespannt, ob man in den betreffenden Redaktionen jebiel Anstand beifügt, den Lesern mitzuteilen, daß man einem großen Schwindel zum Opfer gefallen ist.

Die schwarzen Listen, die erst vor kurzem im Reichstage eine so scharfe Verurteilung gefunden haben, beschäftigten dieser Tage auch die Zittauer Handels- und Gewerbestammer, die auf dem Standpunkt steht, daß nach der Gewerbeordnung die Ausgabe der schwarzen Listen nicht gebührend sei; verboten sei nur die Kennzeichnung der Zeugnisse. Von einem Verstoß gegen das Gesetz könne bei der Ausgabe von schwarzen Listen nicht die Rede sein. Die Handelskammer hat insofern recht, als dem Wortlaut nach die Gewerbeordnung schwarze Listen nicht verbietet; dem Sinne der Gewerbeordnung aber widerspricht die Ausgabe von schwarzen Listen. Diese Ansicht vertritt auch ein ganz hervorragender Jurist, Justizrat Strang, in der „Deutschen Juristen-Zeitung“, indem er schreibt:

„Bei den im Reichstage kürzlich besprochenen „Schwarzen Listen“ zeigt sich wieder, wie eng verflochten Volkswirtschaft und Recht sind. Der Gewerbeverband des Volkswirtschaftlers legt seinen Mitgliedern, den einzelnen Betrieben, folgende Verpflichtung auf: Arbeiter, die vorzeitig unter Vertragsbruch die Arbeit aus einem Verbandszweck niedergelegt haben, darf während sechs Monaten ein anderes Verbandszweck nicht annehmen. Der Verband stellt Listen der hiernach auszuscheidenden Arbeiter den Betrieben zur Nachsicht zu. . . . Ist nun die obige Verpflichtung rechtlich gültig? Hierüber liegen entgegengesetzte Gutachten der Professoren Lotmar und Dertmann vor. Lotmar leugnet die Gültigkeit. Seine Ausführungen erachte ich für überzeugend. Er erklart in der Verpflichtung einen Verstoß gegen die guten Sitten; sie ist daher nichtig (§ 138 B. G. B.). In den „Schwarzen Listen“ liegt eine Verletzung „zwingender Gebote der Gerechtigkeit und Billigkeit“ (R. G. 57, 428). Die Berufserklärung erfolgt einseitig, eigenmächtig, geheim, unkontrollierbar. Eine Feme, die den Betroffenen überhaupt nicht hört, die seinen Unterschied macht zwischen den Gründen eines Vertragsbruchs, die wie Tag und Nacht verfliehen sein können. Und dann, selbst bei schuldhaftem Vertragsbruch, welches Mißverhältniß zwischen Schuld und Sühne! Sechs Monate lang wird der Arbeiter von jedem anderen Verbandszweck ausgeschlossen, wird also erwerbs- und brotlos. Man vergleiche damit den § 80 des preussischen Berggesetzes mit seinem Verbot einer höheren Vertragsstrafe als des durchschnittlichen Wochenlohns für den Fall des Vertragsbruchs. Endlich verdirbt meines Erachtens die „Schwarze Liste“ auch gegen den Zweck des § 118 Gew.-Ord.; bildet sie doch Ersatz für die verbotenen Scheinzeugnisse im Zeugnis. Glaubt man indes, daß da lange lata ein Einschreiten der Rechtsprechung nicht gegeben ist, so müßte der Weg der Gesetzgebung beschritten werden. Hierzu bietet sich für Preußen, das allein diesen Schädling kennt, Gelegenheit bei des jetzt eingebrachten Berggesetzesnovelle“.

Es ist erfreulich, daß Justizrat Strang diesen Standpunkt öffentlich zur Geltung gebracht hat. Leider aber ist nicht zu erwarten, daß seine verständigen Andeutungen in der preussischen Berggesetzesnovelle Berücksichtigung finden werden.

Der Anschluß der Organisationsbeamten aus den Arbeitskammern, wie er in dem Regierungsentwurf vorgezogen ist, hat den Gerichtsrat Dr. Kremer-München, der auf dem Gebiete des Tarifvertragswesens auf die besten Erfolge zurückblicken kann, veranlaßt, öffentlich Stellung zu nehmen. In den „Münch. N. Nachr.“ hat er in einer Abhandlung über die Errichtung von Arbeitskammern diesen Ausschluß der Gewerkschaften als den schwersten Fehler der ganzen Gesetzesvorlage bezeichnet. „Wie sollen die einzelnen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die nötige Zeit und die entsprechende Grundlage finden, um die ganze Materie sachgemäß zu erfassen und nach außen hin vor allem gegenüber der Gegenpartei zu vertreten?“ so fragt Kremer mit Recht und weist auf die zahllosen Einzelfragen bei Lohnbewegungen und Tarifabschlüssen hin. Das sei ja auch der Grund, weshalb alle größeren Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände besondere Beamte in Hauptberuf angestellt hätten, und dann fährt Kremer fort:

„Die Vorkommenden wohl aller Gewerbegebiete werden aus ihrer Praxis als Regel beschäftigen können, daß die genannten beruflichen Vertreter der Verbände die Verhandlungen nicht erschweren und nicht verschärfen, im Gegenteil gemäß ihrer allgemeineren Bildung und des dadurch gewonnenen erweiterten Blicks über die einzelne Arbeiterkategorie hinaus beim Vorliegen objektiver Gründe am ersten die Bereitwilligkeit und auch den Mut haben, auf die von ihnen vertretenen Kreise beruhigend und auflösend einzuwirken. Es ist charakteristisch, daß gerade derartige beamtete Vertreter auf Arbeitgeber- und Arbeitseite von ihren eigenen Leuten wiederholt mit dem — ich sage — Ehrenwort: „Bremer“ benannt werden. Das sagt mehr als alle oberflächlichen Redensarten über bezahlte Agitatoren, Heger u. dergl. Ich muß auf Grund meiner Erfahrungen den Satz aufstellen: Fast die gesamten ohne Kampf abgeschlossenen Tarifverträge größeren Stils sind hauptsächlich das Werk der besonnenen Führung der beamteten Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter. Und nunmehr sollen diese Persönlichkeiten von einer gesetzlichen Friedensinstitution prinzipiell ausgeschlossen werden!“

Es wäre wirklich zu wünschen, daß solche Anschauungen eines auf diesem Gebiete wirklich sachverständigen Mannes bei der Arbeitskammergesetzkommission sowohl als auch bei der Regierung diejenige Beachtung finden, die ihnen gebührt.

Die Fortbildungsschule des Berliner Handwerker-Vereins, C., Sophienstr. 18, eröffnet am Donnerstag, den 1. April, ihr Sommer-Semester. Die Schule bietet Handwerfern, Handelsbesitzigen, Beamten und Militäranwärtern diejenige wissenschaftliche und technische Ausbildung, die zur praktischen Tätigkeit ergänzend hinzutreten muß. Auch dem weiblichen Geschlecht wird Gelegenheit gegeben, sich für alle Zweige des kaufmännischen Berufes vorzubereiten. Im stenographischen Unterricht wird neben Arends auch das System Stolze-Schrey gelehrt. Für Tischler, Schlosser, Tapezierer und verwandte Berufsarten sind Fachkurse vorhanden. Die Mal- und Zeichenklasse wird im Sommer ihre sonntäglichen Lehrgangsfahrten in die Umgebung Berlins zum Zwecke von Freilichtstudien wieder aufnehmen. Recht lebhaftes Interesse wendet sich dem Kursum für Schaufensterdekoration und Vadschriftübungen zu. Anmeldungen zu allen Kurien können schon jetzt bewirkt werden an den Vereinsabenden Montags, Mittwochs und Sonnabends in der Geschäftsstelle des Vereins. Alles Nähere erfährt man aus den Unterrichtsplänen, die beim Sausverwalter unentgeltlich zu haben sind oder auf Wunsch zugeandt werden.

Die 389. Veranstaltung des Vereins für Volkserhaltung findet am Sonntag, den 14. März, abends 7 Uhr, im Lindwirth-Scharwenka-Saal (Külowstraße 76) statt. Es werden mitwirken: Fräulein Elisabeth Söllender (Rezitation), Fräulein Milly Scheibge-Wagner und Fräulein Clara Le Bretre (Vieder und Duette), Fräulein Margarete Krawak (Violine).

Die 7. Volksvorstellung der Generalintendantur der königlichen Schauspiele in dieser Saison findet am Montag, den 15. März, abends 8 Uhr, im Neuen Königlichen Operntheater (Kroll) statt. Zur Aufführung gelangt: „Maria Magdalena“ (Trauerpiel von Hebbel). Der Biletverkauf erfolgt wie bisher in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins für Volkserhaltung.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1901.

Ortsverband Elbing.

Trotz aller Mühe war es nicht möglich, eine neuwertige Zunahme an Mitgliedern aus dem hier am Orte noch vorhandenen großen Heer von indifferenten Arbeitern für unsere Bestrebungen zu erzielen. So sieht der Ortsverband hinsichtlich der Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres auf derselben Höhe wie bei Beginn desselben. Erfreulicherweise gelang es im Laufe des Jahres, einen Ortsverein der Schneider und verwandter Berufe zu gründen, der sich eines regen Interesses und einer steigenden Zunahme erfreut. Leider gehört derselbe noch nicht dem Ortsverbande an. Nachdem im vorhergehenden Jahre der Bezirksleiter der Maschinenbauer, Kollege Vorrath, in das Stadtparlament gewählt worden war, was den Reid der „Genossen“ von links erweckte, wurde eine öffentliche Versammlung veranstaltet mit einem Vortrage des Kollegen Wolf-Stettin über das Thema: „Erfüllen die Gewerbevereine ihre Pflicht im Berufs-, Kommunal- und Staatsleben als Organisation gegenüber anderen, und kann sich die Elbinger Arbeiterschaft denselben anschließen?“ In einer zweiten öffentlichen Versammlung erstattete Kollege Wolf einen ausführlichen Bericht über die Ausperrung in Stettin auf dem „Rustan“. Ferner fand eine Mieter-Versammlung statt, in welcher Kollege Vorrath referierte und durch eine Resolution an den Magistrat Stellung gegen die geplanten Kommunalsteuerzuschläge genommen wurde. Im November fand dann eine vom Gewerbeverein der Zigarren- und Tabakarbeiter einberufene Protestversammlung gegen die geplante Zigarren-Handels- und Tabaksteuer statt, in welcher ebenfalls Kollege Vorrath referierte. Durch eine Eingabe an den Magistrat und Einreichung einer Liste mit 8 Gewerbevereinskollegen ersuchten wir um Sinzugziehung von Arbeitern zu Schöffen und Geschworenen. Trotzdem uns vom Magistrat mitgeteilt wurde, daß unsere Liste zur Berücksichtigung dem königlichen Amtsrath überwiegen sei, wurde doch keiner unserer Kollegen ausgeschlossen.

Die laufenden Geschäfte erledigte der Ortsverband in 7 Ausschüß-, 3 kombinierten Sitzungen und 3 Mitgliederversammlungen. In der zweiten Mitgliederversammlung hielt Kollege Vorrath einen Vortrag über „Volkswirtschaft und Wirtschaftskrisen“, in der dritten über „Die Macht des Konjunktens“.

Neben erster Arbeit wurde auch der Gefelligkeit Rechnung getragen durch ein Sommerfest und die Feier des 40jährigen Bestehens der Deutschen Gewerbevereine, bei welcher von Kollegen Proszjowski-Danzig die Reden gehalten wurden. Im Herbst gelang es uns, mit dem Direktor des hiesigen Stadttheaters wieder eine Vereinbarung zu treffen, durch welche wir in der Lage sind, zu billigen Preisen den Mitgliedern gute Theatervorstellungen zu bieten.

Werfen wir nach alledem nochmals einen Blick auf unsere Tätigkeit, so können wir wohl sagen, daß der Ausschüß alles aufgeboten hat, den Mitgliedern Anregung und Belehrung zu geben. Nicht immer haben die Mitglieder dies zu würdigen verstanden; jenseit wäre ihre Teilnahme an den Veranstaltungen des Verbandes oft reger gewesen. In das neue Jahr sind wir mit neuer Kraft und frischem Mut eingetreten, bejezt von dem Wunsch, energischer für die Organisation zu arbeiten und der idealen Gewerbevereinsidee recht viele Anhänger zu gewinnen. Dazu ist es aber nötig, daß alle Kollegen mitarbeiten und ihre Kraft in den Dienst der Gewerbevereine stellen. Dann wird es uns ein Leichtes sein, über die Hindernisse hinwegzukommen und unsere Bestrebungen immer weiteren Kreisen zugänglich zu machen.

D. Zimmermann, Ortsverbandsvorsitzender.

Ortsverband Köln und Umgegend.

Das vergangene Jahr stand im Zeichen der wirtschaftlichen Krise und war ein arbeitsreiches. Erledigt wurden die Geschäfte in einer Reihe von Vorstandssitzungen, 12 Vertreter- und 4 kombinierten Vorstandssitzungen. Außerdem fanden 4 Ortsverbandsversammlungen statt. Vorträge wurden gehalten von Herrn Dr. Klein über das Koalitionsrecht, vom Kollegen Stöhrer, sowie vom Unterzeichneten über die Konferenz in Neuwied. Auf einem unserer Volkshilfsabende hielt uns Kollege Goldschmidt einen Vortrag über Schulze-Deliusch sowie die Feste der Gewerbevereine. Beide Veranstaltungen waren gut besucht. Die Volkshilfsabende, deren wir wieder 4 hatten, fanden vor ausverkauften Häuse statt.

Die Arbeit in unserem Bezirk war insofern von Erfolg gekrönt, als nunmehr der Ortsverband Mühlheim-Köln angeschlossen ist. Hoffen wir davon das Beste! Eingaben wurden mehrere an die Stadtverwaltungen gerichtet und teilweise auch mit Erfolg. Zum Schöpfen wurde ein Kollege ausgesucht. Der Gesellschaft für Soziale Reform hat sich der Ortsverband angeschlossen. Ebenfalls ist er im städtischen Arbeitsnachweis vertreten. Auch beteiligte er sich an 2 Arbeitslosenzählungen, ebenso bei einer solchen in Kall und Mülheim. Die dabei zutage geförderten Zahlen sollen uns ein Ansporn sein, unsere Arbeitskollegen darauf aufmerksam zu machen, wie sie sich an ihrer Familie versündigen, wenn sie der Organisation fernbleiben. An Vergünstigungen veranlaßte der Ortsverband eine Aheinfahrt, welche glänzend verlief.

Nun noch ein Wort an die Kollegen und Mitglieder des Ortsverbandes! Das Hindernis, die jahrelange Trennung der Gewerbevereine im Bezirk in zwei Ortsverbände, ist nun geschunden, alle sind bereit zu einem Ortsverband zu gemeinsamer Arbeit. Nun

aber heißt es, daran festzuhalten und alles befeitigen, was uns trennen könnte. Vertrauen gegen Vertrauen, den Willen vorwärts gerichtet und alle Kräfte gesammelt zur kräftigen, gemeinsamen Arbeit für den Gewerksverein!

Ortsverband Mannheim.

Der Ortsverband bestand zu Anfang des Jahres aus 18 Vereinen. Durch Eingliederung der Fabrik- und Handarbeiter-Lampertheim stieg die Zahl auf 19, mit einer Mitgliederzahl von rund 1500. Der geschäftliche Teil wurde in 11 Vertretern, 6 engeren und 5 kombinierten Ausschüssen, sowie in 3 Ortsversammlungen erledigt. In der ersten Ortsverbandsversammlung hielt Kollege Waldecker einen Vortrag über Arbeitskammern. In dieser Frage hat der Ortsverband auch seine Stellung bei der Fabrikinspektion klargestellt. In der zweiten Versammlung referierte Kollege Waldecker über die Gewerbegerichtsreform. Ferner wurde ein Ausflug gemeinsam mit dem Ortsverband Neustadt veranstaltet, verbunden mit dem 40. Stiftungsfest, auf welchem Kollege Gleichauf-Berlin die Festrede hielt. Auf Einladung waren die Verbände von Karlsruhe, Kaiserslautern, Worms, Speyer und andere mehr erschienen. Auch ernannte die Versammlung das Jahr für den Verband, so den Streik bei der Firma Brown-Boverie, welcher nach mehrwöchentlicher Dauer für die Arbeiter verloren ging. Auch der Streik auf den Streifenwerken nahm nach mehrwöchentlicher Dauer durch die Anmückungstaktik des Führers des „großen Deutschen“ einen für die Arbeiter ungünstigen Verlauf. Die Vorarbeiten zur Gewerbegerichtsreform beschäftigten uns lebhaft; dieselbe hätte noch im Laufe des Jahres stattfinden sollen, wurde aber verzögert, weil der neue Wahlmodus vom Ministerium so lange nicht genehmigt wurde. Leider hatten wir den Tod des Sozialbeamten der Maschinenbauer, Kollegen Streib, zu betrauern, welcher uns stets mit Rat und Tat zur Hand ging. Die Beteiligung am Reichenbegünis zeigte am deutlichsten, wie beliebt der Verstorbenen war.

In die Verbandskollegen von Mannheim richte ich zum Schluss die Bitte, bei den Versammlungen wie Sitzungen zahlreicher als bisher zu erscheinen, damit auch etwas Ersprießliches geleistet werden kann. W. Thiergärtner, Ortsverbandschriftführer.

Gewerkevereins-Teil.

§ Profen. In der letzten Sitzung des Gewerkevereins der Stein- und Zugsarbeiter wurde nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten vom Kassierer und Revisor der Bericht für das 4. Quartal 1908 erstattet. Mit Recht wies der Vorsitzende an der Hand dieser Berichte nach, daß der Verein von Quartal zu Quartal mit größeren Summen zu rechnen habe. Erfreulich sei, daß die Kassenverhältnisse sich dabei immer günstiger entwickelten. Es soll dies ein Ansporn sein, niemals still zu stehen, sondern immer vorwärts zu treten. Unter Vereinsangelegenheiten erstattete der Vorsitzende Bericht über die letzte kombinierte Ausschussung des Ortsverbandes, in der man sich u. a. auch mit der Frage beschäftigte: Wie können wir in diesem Jahre unsere Agitation nach innen und außen wirksam betreiben? Weiter wurde beschlossen, die nächste Versammlung in Herzogsweilerhau abzuhalten. Der Vorsitzende ermahnte die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß die dortige Versammlung recht gut besucht ist, da es die erste an dem Orte ist, der gewissermaßen den Mittelpunkt unseres Vereins bildet. Aufgenommen wurden seit der letzten Versammlung sechs neue Mitglieder, so daß von neuem mit Genehmigung konstituiert werden kann, daß in jeder Versammlung eine Anzahl Neu-

aufnahmen zu verzeichnen ist. Es ist dies ein Beweis dafür, daß in unserem Verein ein reges Leben herrscht. Immer größer wird die Zahl derjenigen, die sich agitatorisch betätigen und alles daran setzen, möglichst in jeder Versammlung ein neues Mitglied einzuführen. Möge dieses Streben auch für die Zukunft sich geltend machen! Mit der Mahnung, für recht regen Besuch der nächsten Versammlung zu sorgen, die für jeden leicht erreichbar ist, vor allen Dingen darauf bedacht zu sein, recht viele Gäste mitzubringen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

§ Striegau i. Schl. Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe, so denkt man offenbar im deutschen Metallarbeiterverbände. Als dort zur Vernichtung des Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter der Trick eingeführt wurde, daß die Mitglieder des Gewerkevereins mit vollen Rechten in den Verband übertraten könnten, haben die wohlweisen Väter dieses genialen Gedankens wohl nicht geglaubt, daß man dasselbe Verfahren ihnen gegenüber anwenden könnte, und daß auch in ihren Reihen zahlreiche Mitglieder sich finden würden, die unter diesen Umständen den allein sich machenden Verbände gern den Rücken kehren und sich dem Gewerkeverein der Maschinenbauer anschließen. Das muß man wenigstens annehmen, wenn man sieht, wie schwer man solchen Kollegen, die zum Gewerkeverein übertraten wollen, die Sache macht. Als z. B. in einem hiesigen Betriebe ein Mitglied des Metallarbeiterverbandes am 19. Februar d. J. dem Vertrauensmann H. gegenüber erklärte, er zahle nicht weiter für den Verband, da wurde diesem Mitgliede von dem Vertrauensmann die Karte, die bereits am Sonnabend, den 13. Februar, begabigt worden war, einfach vorenthalten, mit dem Bemerkten, daß das Mitglied das Quittungsbuch erst abzugeben habe. Natürlich geschieht dies nur, um den Lebertritt unmöglich zu machen, da ja ohne Quittungsbuch man nicht wissen kann, wie lange der betreffende Kollege im Metallarbeiterverbande Beiträge gezahlt hat. Was würden wohl die Verbändler für ein Geschrei erheben, wenn ein Gewerkevereins-kassierer sich weigern würde, einem Mitgliede, das zum Verbande übertraten will, die bereits gezahlten Beiträge abzustempeln. Dann möchten wir einmal das Gallo hören. Wir möchten diesen Fall allen Kollegen zur Kenntnis bringen, damit sie ihn bei Gelegenheit den Gegnern unter die Nase reiben können. Die Pressekommision.

Verbands-Teil.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, N.O., Greifswalderstraße 221/223. Die nächste Sitzung fällt aus. Alle Mitglieder h-suchen die Versammlung im Bürgerpalee des Rathauses. — **Gewerkevereins-Liedertafel (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Übungsstunde im Verbandsbause der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — **Distrikterklub Moabit.** Sitzung jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Radau, Waldstraße 53. Freitag, 12. d. Mtz., Vortrag des Ingenieurs Herrn S. Freund über das Thema: „Die neuen Steuern und die Arbeiter“. Gäste willkommen. — **Sonnabend, 13. Mtz. Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Abends 8 1/2 Uhr, Rottbuserstraße 6. Versammlung. Vortrag des Kollegen Hartmann. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung, Stettinerstraße 50. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8-10 Uhr, Jahlabend bei Krull, Putzmeister 51. — **Fachwissenschaftl. Distrikterklub Berlin.** Büdlerstraße 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat.

Leipzig. Deutsche Handelskasselerbeiter-Vereinigung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten 4. Nr.“ Lindenau, Eigenstraße, statt.

Orts- und Bezirksverbände.

Herrn (Ortsverband). Jeden 1. und 6. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn W. J. Schulte-Mattler, Distrikterklub. — **Nachsch (Distrikterklub).** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distrikterabend bei Leuchter, Ede Mannemannplatz u. Zillierstr. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr präz., im Hüttmanns Hotel, Poststr., Distrikterklub. **Dresden (Distrikterklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbräu, Webergasse 28 statt. Gäste willkommen. — **Hagen a. H. (Distrikterklub).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hofmann, Friedrich-Wilhelmstraße, Distrikterabend. — **Mühlheim-Naumburg (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Biri Joh. Röder, Sandstraße 38. — **Cottbus (Distrikterklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Beckstr. 120. — **Leipzig (Gewerkevereins-Liedertafel).** Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weißenfels a. S. (Gesangsabteilung der Gewerkevereine).** Übungsstunden jeden Dienstag, abends 8-11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangsübende Gewerkevereinskollegen stets willkommen. — **Lüdenscheid (Ortsverband).** Jeden 2. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, und jeden letzten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distrikterklub im Lokale des Herrn Feinger. — **Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 21. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, Ortsverbandsversammlung in der Königswirth, Bühlstraße 12. L.-D. dabei. Es wird jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, die Versammlung zu besuchen. — **Lübeck (Ortsverband).** Sonntag, 14. März, 4 Uhr nachm., Versammlung bei Kämpfer (Bürgerverein). Wahl eines Delegierten nach Stettin. — **Hohenmölsen (Ortsverband).** Sonntag, 14. März, nachm. 3 Uhr, im Gasthaus „Zum Deutschen Kaiser“ kombinierte Sitzung sämtlicher zum Ortsverbande gehörender Ortsvereinsauschussmitglieder L.-D.: 1. Agitation für das Jahr 1909. Referent: Herr Albin Müller sen. 2. Welche Aufgaben haben die Bezirkskonferenzen und Kommissionen? Referent: Herr Franz Böttcher-Bildhüßig. — **Cresfeld (Ortsverband).** Sonntag, 14. März, nachmittags 3 Uhr, bei Köhler, Cresfeld, Vertreterversammlung des Ortsverbandes. — **Dortmund (Ortsverband).** Am 14. März, nachm. 3 Uhr, Vertreterversammlung bei Vogt, Dortmund, Rheinischestr. 127.

Briefkasten.

C. Duisburg. Der Fäßcher in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ hat sich nun in den Briefkasten geflüchtet. Nächstens wird er wieder aufstehen und flüchtig schleudern und sich dann wieder spreizen und zieren wie ein Pfau. Dabei flüchtet er von seinem eigenen spießbürgerlichen Selbstbewußtsein auf andere. Am komischsten wirkt seine Beschwerde, wir schreiben ihm zuviel. Koch stets, wenn ein plumper Fäßcher seine Tracht Prügel erzieht, bedauerte er sich über zuviel Liebe. Das ist dann aber nur ein Beweis dafür, daß es schmerzte an einer bestimmten Stelle. So klug wird man auch am „Bates“ sein.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Zur Anschaffung dringend zu empfehlen sind die Schriften des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Karl Goldschmidt:

Weltanschauung
und
Arbeiterbewegung.
Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volksgenossen.

Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pf., 10 Exemplare kosten 80 Pf., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 23,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk.

Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.
Ein Schriftchen für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908.

Preis pro Exemplar für Mitglieder 80 Pf., 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,65 Mk., 20 Stück 4 Mk.

Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223 zu richten sind, ist der Betrag mitzugeben. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsschnitt erfolgen.

Fidelitas.
Zeitschrift, enth. Lustspiele, Solozenzen, Complots (mit Musik), vom Vortrage u. dgl. Monat. 1 Heft, Halbjährl. 2 Mk., Probeheft enth. 8 Stücke 40 Pf. franko. Probeband mit 25 Stücken 1 Mk. C. A. Koch's Verlag, Dresden 14 Bg.

Nabeberg (Ortsverband). Durchreisende erhalten Ortsverbands-geschenl. bei Oskar Höhnert, Birnauer Straße 28a, II.

Edin und Mühlheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Verpflegungsgarten im Gewerkevereinsbureau, Seenerstr. 113 I.

Danzig (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten beim Gewerkskammerer, Bismarckstr. 10, Verpflegungsgarten.

Prinzenau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Unterstüßung. Markenaussgabe beim Kollegen P. Cappell, Markt 8.

Wiberaach a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten eine Anweisung für Abendbrot, Radikarier und Büchlein bei den Ortsvereinskassierern.

Orts- und Arbeiternachweis im Gasthaus zum „Roten Ochsen“, Marktplaz.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:

Schrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Kahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pf.

Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch. 160x280 mm. Preis 50 Pf.

Leitfaden zum Gewerbevertragsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pf.

Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pf.

Geschichte der Deutschen Gewerkevereine von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pf.; für Gewerkevereiner 1 Exemplar 50 Pf., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 80 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk.

Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkevereine. — Schrift zum 25. jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerkevereine (Hirsch-Dunder) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.

Auch alle anderen volkwirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Rücknahme erledigt wird. Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Das Bureau des Zentralrats.
Rudolf Klein.